

MERCEDES UND MILITÄRDIKTATUR

Die "verschwundenen" Mitarbeiter von Mercedes



Hat Daimler in Argentinien mit der Militärdiktatur zusammengearbeitet?

(Fotos: Version)

Nach dem Militärputsch in Argentinien 1976 scheint sich Daimler Benz mit Hilfe des Militärs unbequemer Gewerkschafter entledigt zu haben. Heute holen den Konzern die Schatten der Vergangenheit ein: Betriebsräte im Daimler-Werk in Stuttgart fordern "klare Positionierung", gegen Daimler-Mitarbeiter laufen Strafanzeigen.

"Por la memoria" - "Für die Erinnerung" steht auf einem schlichten Flugblatt, das ehemalige Beschäftigte der Daimler Niederlassung in González Catán verteilen. "Für das Verschwinden und den Tod unserer Kollegen ist die Militärdiktatur verantwortlich. Mercedes war Komplize", heißt es auf dem kopierten Blatt, das die Gewerkschafter ihren Kollegen in die Hand drücken - bis sie der Mercedes-Werkschutz vertreibt. Eine Szene aus Argentinien - 17 Jahre nach dem Ende der Militärherrschaft.

Die Schatten der sieben Diktaturjahre zwischen 1976 und 1983 sind lang, und die Erinnerung an die Verbrechen ist auch heute noch schwierig. 30.000 Oppositionelle wurden damals von Polizei und Militär verschleppt, gefoltert und ermordet. Die Täter leben noch, kaum einer musste sich je vor Gericht verantworten. Doch die Angehörigen der Opfer fordern Aufklärung. Nicht nur über den Verbleib der oftmals bis heute "Verschwundenen", sondern auch über die Täter und die Hintergründe der Repression.

Mercedes - Komplize der Militärdiktatur?

Die Schatten des Krieges gegen die Opposition reichen bis nach Stuttgart. Dort muss sich die Konzernzentrale von Daimler-Chrysler überlegen, wie sie mit einem unangenehmen Kapitel der Firmenge-

schichte fertig wird, ohne einen allzu großen Imageschaden davonzutragen. Mindestens 13, vielleicht sogar bis zu 20 unbequemer Gewerkschafter soll sich der Konzern mit Hilfe von Polizei und Militär in den Monaten nach dem

Putsch am 24. März 1976 entledigt haben.

Das sagen Gewerkschafter, die damals mit dem Leben davon gekommen sind. Der ehemalige Betriebsrat Hector Ratto bezeugt sogar, wie am 12. August 1977 in seiner Ge-

INTERVIEW

"Erste Erfolge haben wir erzielt"

Der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck hat im Auftrag des Republikanischen Anwaltsvereins (RAV) eine Strafanzeige gegen Daimler-Mitarbeiter und Militärs gestellt, die an der Verfolgung der Gewerkschafter des Daimler-Werkes in González Catán mitgewirkt haben sollen.

Sie haben in Deutschland Strafanzeigen gegen Daimler-Mitarbeiter erhoben, die an der Ermordung von Gewerkschaftern in Argentinien beteiligt gewesen sein sollen. Auf welcher rechtlichen Grundlage ist das überhaupt möglich?

In Argentinien verhindern zwei Amnestiegesetze aus den 80er Jahren weitgehend eine Strafverfolgung der Diktaturverbrechen. Wir versuchen daher im Rahmen der Arbeit der "Koalition gegen Straflosigkeit" im Umweg über andere Länder die damaligen Täter zur Rechenschaft zu ziehen. In Spanien, Frankreich, Italien und Deutschland laufen Anzeigen und Ermittlungen. Die Rechtsgrundlage in Deutschland ist dabei, dass entweder der mutmaßliche

genwart der Werksleiter Juan Tasselkraut die Adresse seines Kollegen Diego Nuñez an Militärs weitergegeben hat. Tasselkraut streitet das ab. Fest steht, dass Nuñez in der folgenden Nacht von Uniformierten zu Hause abgeholt wurde - seitdem fehlt jedes Lebenszeichen von ihm. Hector Ratto selbst wurde an jenem Tag von Tasselkraut auf dem Werksgelände an Militärs übergeben, die ihn in das berüchtigte Folterzentrum Campo de Mayo verschleppten. Zwei Jahre später kam er frei. Neben nur einem anderen, ist er der einzige Überlebende unter den verhafteten Daimler-Gewerkschaftern. Jetzt möchte er wissen, was damals passiert ist und wer für den Tod seiner Kollegen verantwortlich ist.

Juan Tasselkraut ist noch immer in leitender Funktion für Daimler in Argentinien tätig. Mittlerweile läßt er sich verleugnen, wenn Journalisten ihn sprechen wollen. Noch letztes Jahr sagte er der in Uruguay lebenden Journalistin Gaby Weber, welche den Fällen der verschwundenen Gewerkschafter auf die Spur gekommen ist: "Wer Argentinien damals mehr oder weniger kannte, wusste, dass Menschenrechte verletzt und Menschen eliminiert wurden." Jetzt läuft gegen den deutschen Staatsbürger ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Nürnberg. Die Anzeige, welche der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der Hector Ratto juristisch vertritt, erstattet hat, lautet auf "Mord, Geiselnahme und gefährliche Körperverletzung". Viele Indizien sprechen dafür, dass auch an-

dere führende Daimler-Manager damals wussten, wie in Argentinien gegen die Gewerkschafter vorgegangen wurde.

Stellungnahme des Konzerns lässt auf sich warten

Nachdem die Konzernzentrale monatelang versuchte, die Vorwürfe auszusitzen und nachfragende Journalisten von der Pressesprecherin Ursula Merzig mit Argumenten wie "das ist doch schon so lange her", abgespeist wurden, gerät der Daimler-Vorstand seit einigen Wochen unter verstärkten Druck. Am 27. November beschlossen die Betriebsräte des Daimler-Stammwerkes in Stuttgart-Untertürkheim eine Resolution, in der sie vom Konzernvorstand nachdrücklich "umgehend eine eindeutige Stellungnahme und klare Positionierung" fordern. Auch die IG-Metall aus der Neckarstadt schloss sich der Forderung an. "Offensichtlich haben Führungskräfte der damaligen Daimler-Benz AG mit der argentinischen Militärdiktatur zusammen gearbeitet, um betriebliche Interessenvertreter dem Terror auszuliefern", schreibt der 1. Bevollmächtigte Jürgen Stamm in einer Stellungnahme. Mittlerweile sah sich die Daimler-Chefetage zu einer ersten Reaktion genötigt. Personalvorstand Günter Fleig kündigte nach einem Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Helmut Lense eine Stellungnahme zum Fragenkatalog der Stuttgarter Gewerkschafter an.

Es dürfte Daimler einigermaßen schwer fallen, sich oh-

antwortliche bei Mercedes Benz, oder vielmehr jetzt Daimler-Chrysler, sowohl in Argentinien als auch in Deutschland. Das habe ich in der Anzeige erwähnt, weil mir klar ist, dass Tasselkraut nicht der Alleinverantwortliche für die Zusammenarbeit zwischen Mercedes und dem Repressionsapparat war, sondern dass dies unter Billigung oder Beteiligung weiterer Verantwortlicher passierte. Bisher haben wir nur Indizien, die dafür sprechen. Strafrechtlich können wir nur Herrn Tasselkraut etwas nachweisen, ich gehe jedoch davon aus, dass ich im weiteren Verlauf des Verfahrens Beweise dafür finden werde, dass die Werksleitung in Argentinien insgesamt und auch in Deutschland der Vorstand in irgendeiner Weise beteiligt war. Bisher hat der Konzern nur mit Abwehrreaktionen reagiert.

Wie geht die Justiz mit den Initiativen der "Koalition gegen Straflosigkeit" um?

Die Reaktion der Justiz in Deutschland ist wohl mit "zurückhaltend" am besten zu

Boris Kanzleiter ist freier Journalist und lebt in Berlin.

ne Schuldeingeständnis aus der Affäre zu ziehen. Zu zahlreich sind mittlerweile die Indizien, die auf eine direkte Verwicklung leitender Mitarbeiter in die Repression gegen die Gewerkschafter deuten. Die Recherchen von Gaby Weber ergaben, dass der ehemalige Werkschutzchef Rubén Luis Lavallén bis kurz vor seiner Einstellung durch Daimler im Juli 1978, Kommandant genau jener Polizeiwache war, in der einer der beiden überlebenden Gewerkschafter gefoltert wurde.

Dass Daimler, wie viele andere transnationale Unternehmen in Argentinien, dem Putsch der Generäle applaudierte, ist kein Geheimnis. Die Begründung liefern die Stuttgarter Autobauer in ihrem im Putschjahr 1976 veröffentlichten Geschäftsbericht selbst: "Unser Engagement in Argentinien war auf Grund der labilen politischen Situation und der wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten beträchtlichen Risiken ausgesetzt", heißt es dort. Und weiter: "Dank der inzwischen erreichten allgemeinen Fortschritte in der Ordnung der Arbeitsverhältnisse des Landes wird für 1976 wieder ein positives Ergebnis erwartet."

In diesen lapidar scheinenden Sätzen wird der politische Hintergrund der Hatz auf die Gewerkschafter deutlich. Das meint zumindest Juan Carlos Capurro, ein Anwalt des argentinischen Gewerkschaftsdachverbandes CTA, der eine Schadensersatzklage der Daimler-Gewerkschafter vertritt. Anwalt Capurro geht davon aus, daß es den Militärs 1976 um die Durchsetzung eines bestimmten wirtschafts-



Daimler-Großbaustelle in Berlin: Eine offizielle Stellungnahme des Konzerns zu den Vorfällen in Argentinien lässt bislang auf sich warten.

politischen Projektes ging, dem die Gewerkschaften entgegenstanden. Multinationale Konzerne hätten bewusst mit dem Terrorregime kooperiert, sagt er. Denn in den Jahren vor dem Militärputsch war in Argentinien eine oppositionelle Gewerkschaftsbewegung gewachsen, welche auf die Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre mit sich radikalisierenden sozialen Forderungen und Protesten reagierte.

Boris Kanzleiter

beschreiben. Ich denke, sie hatte am Anfang möglicherweise noch keine Vorstellung davon, dass wir das Ganze ernst meinen, dass wir also nicht symbolisch Strafanzeige erstattet haben. Es ist uns gelungen, trotz einiger Widerstände in elf Fällen Ermittlungen in Gang zu bringen, die jetzt von der Staatsanwaltschaft in Nürnberg-Fürth betrieben werden. Ich glaube, die Justiz hat im Verlauf dieses Jahres realisiert, dass die "Koalition gegen Straflosigkeit" nicht alleine dasteht, sondern dass eine ganze Reihe von Politikern unser Anliegen aufgenommen haben.

Juristische Organisationen, wie beispielsweise der Strafverteidigertag, aber auch andere gesellschaftliche Gruppen haben das Thema immer wieder aufgegriffen. Auch in der Presse gab es immer wieder Veröffentlichungen. Ich erwarte, dass der nächste Schritt der Staatsanwaltschaft in einigen Fällen die Zeugenvernehmung in der deutschen Botschaft in Buenos Aires ist. Wenn die Protokolle der Vernehmungen vorliegen, müssten einige sub-

stanzielle Entscheidungen gefällt werden und zumindest in einigen Fällen internationale Haftbefehle ergehen. Ich bin eigentlich ganz positiv gestimmt. Erste Erfolge haben wir erzielt. Ich gehe davon aus, dass die Staatsanwaltschaft mit jeder weiteren Beschäftigung mit der Materie erkennt, welche Dimensionen die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien haben und sich der Konsequenz nicht entziehen wird und eben auch von Deutschland aus die Strafverfolgung betreibt.

Interview: Boris Kanzleiter

Kaleck arbeitet mit der "Koalition gegen Straflosigkeit" zusammen, einem von Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel initiierten Zusammenschluss von Menschenrechtsgruppen, welcher sich in Deutschland um eine politische und strafrechtliche Aufarbeitung der Diktaturverbrechen in Argentinien bemüht.

Argentinien: Diktatur und Aufarbeitung

(bk) - Die Diktatur von 1976 bis 1983 in Argentinien zählte zu den brutalsten Militärregimes in Lateinamerika. In vielen Ländern des Kontinents waren nach der Kubanischen Revolution von 1959 linksorientierte Bewegungen entstanden, welche die Herrschaft der Eliten zunehmend in Frage stellten. Nachdem der chilenische Linkssozialist Salvador Allende 1970 die Parlamentswahlen in Chile gewonnen hatte, putschten die Militärs unter General Augusto Pinochet im September 1973, um das Experiment eines "friedlichen Übergangs zum Sozialismus" zu unterbinden. Damit läuteten sie ein Jahrzehnt des Terrors ein.

In Argentinien, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten, hatten zwar auch zuvor Militärs immer wieder geputscht. Aber die Repression der 70er und beginnenden 80er Jahre nahm die Züge eines Kriegs gegen die eigene Bevölkerung an. Dabei gingen die Militärs nicht nur - wie von ihnen bis heute behauptet - gegen bewaffnete Guerillaorganisationen vor. Vielmehr gerieten alle Oppositionelle ins Visier. Kaum einer hat das treffender formuliert als Brigadegeneral Iberico Manuel Saint Jean, der ehemalige Gouverneur von Buenos Aires: "Erst werden wir die Subversiven töten, dann ihre Kollaborateure, dann ihre Sympathisanten, danach die Indifferenten, und zum Schluss die Lauen."

Im Tross der Militärs kam eine junge Generation von Ökonomen zum Zug, welche ein heute als "Neoliberalismus" bekanntes Strukturreformprogramm durchsetzten. Staatsbetriebe wurden privatisiert, Löhne gesenkt, Arbeitsbeziehungen flexibilisiert, die Ökonomien in den Weltmarkt integriert. Eine Folge ist die zunehmende soziale Polarisierung der lateinamerikanischen Gesellschaften, die bis heute anhält.

Während in Argentinien 30.000 Oppositionelle verschleppt und ermordet wurden, stellte die "internationale Gemeinschaft" dem Regime gute Noten aus. Aus den USA und Europa erfuhren die Generäle ideologische Unterstützung und oftmals mehr als das. "Unter der seit März 1976 amtierenden Militärregierung hat das Land auf dem Weg zur wirtschaftlichen Stabilisierung wesentliche Fortschritte erzielt. Der Regierung ist es gelungen, die für einen geordneten Wirtschaftsablauf unerlässliche Sicherheit im Alltag wieder herzustellen", beurteilte 1977 beispielsweise eine Delegation des Bundesverbands der Deutschen Industrie die Situation in Argentinien.

In den meisten Ländern Lateinamerikas traten die Militärs in den 80er Jahren wieder ab. Heute regieren zivile Politiker, während das Militär aus dem Hintergrund Einfluss nimmt. Bislang blieben die meisten Militärs straffrei. In Argentinien verhindern zwei Amnestiegesetze die juristische Aufarbeitung der Verbrechen. Menschenrechtsorganisationen fordern seit Jahren das Ende der Straflosigkeit.

Avis

Avis Prochains Examens Officiels du Centre de Langues Luxembourg

Le Centre de Langues organise les épreuves pour l'obtention des certificats et diplômes

d'Allemand

du Goethe Institut

Zertifikat Deutsch - ZD

Zentrale Mittelstufenprüfung ZMP .

Écrit: samedi 17 février 2001

Oral: du 16 au 22 février 2001

Date limite d'inscription: vendredi 19 janvier 2001

de Luxembourgeois

du MENFPS et du Centre de Langues Luxembourg

Zertifikat

1. Diplom

Schräfftlech, Liesverständnes, Héiervverständnes: Samedi 17 février 2001

Mëndlech: du 16 au 22 février 2001

Date limite d'inscription: vendredi 19 janvier 2001

de Français

du Ministère de l'Education Nationale Français

Examen d'Admission au D.E.L.F, 2ème degré - TD

Examen d'Admission au D.A.L.F - CO

Ecrit: mardi 30 janvier 2001

Oral: mardi 30 janvier 2001

Date limite d'inscription: mardi 9 janvier 2001

D.E.L.F. 1er degré - A1; A2; A3; A4

Ecrit: samedi 24 mars 2001

Oral: du 19 au 24 mars 2001

Date limite d'inscription: vendredi 23 février 2001

Fiches d'inscription à retirer au CLL, 21, bd. de la Foire, L-1528 Luxembourg, Tél: 26 44 30 61, Fax: 26 44 30 60, e-mail: exam@cll.lu ou inscription directe sur le site Internet du CLL: www.cll.lu

Bibliothèque Nationale

Offre d'emploi

La Bibliothèque nationale se propose d'engager

un(e) employé(e) de la carrière C à tâche complète et à durée indéterminée

Les candidat(e)s de nationalité luxembourgeoise doivent avoir accompli avec succès 5 années d'études secondaires luxembourgeoises ou études reconues équivalentes.

Profil souhaité

- parfaite maîtrise du luxembourgeois, de l'allemand et du français;
- bonnes connaissances en anglais;
- bonnes connaissances en informatique (Windows, Word)

- esprit d'initiative et capacité de travailler en équipe;
- contact aisé avec le public.

Une expérience en gestion documentaire constituerait un atout supplémentaire.

Les demandes doivent être accompagnées

- d'un curriculum vitae détaillé;
- d'un certificat de nationalité;
- d'un extrait récent du casier judiciaire;
- d'un acte de naissance;
- d'un certificat médical récent;
- d'une copie certifiée conforme des certificats et diplômes d'études et de formation.

Les demandes sont à adresser pour le 6 janvier 2001 au plus tard à la directrice ff de la **Bibliothèque nationale 37, bd. Roosevelt L 2450 Luxembourg**

Ministère de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse

Centres socio-éducatifs de l'Etat

Le Ministère de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse organisera le 14 février 2001 un examen-concours d'admission au stage dans les carrières

de l'éducateur, de l'éducateur instructeur et de l'éducateur gradué m/f

Les candidat(e)s doivent remplir, outre les conditions générales prévues par le statut général des fonctionnaires de l'Etat, les conditions d'études suivantes

- Les candidat(e)s à la carrière d'éducateur doivent être détenteur(trice)s du diplôme luxembourgeois d'éducateur ou d'un certificat reconnu équivalent par le Ministère de l'Education nationale et de la Formation Professionnelle et des Sports.

- Les candidat(e)s à la carrière d'éducateur instructeur doivent être détenteur(trice)s d'un CATP luxembourgeois ou d'un diplôme reconnu équivalent par le Ministère de l'Education nationale et de la Formation Professionnelle et des Sports.

- Les candidat(e)s à la carrière d'éducateur gradué doivent être détenteur(trice)s du diplôme luxembourgeois d'éducateur gradué ou d'un certificat reconnu équivalent par le Ministère de l'Education nationale et de la Formation Professionnelle et des Sports.

Les demandes avec copie des diplômes et certificats sont à adresser au Ministère de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse, 12 - 14 avenue Emile Reuter, L-2919 Luxembourg pour le 20 décembre 2000 au plus tard.

Le programme d'examen sera remis aux candidat(e)s dès réception de la demande.

Pour des renseignements supplémentaires, veuillez vous adresser au 478-6535.